



Liebe Klinik-kompakt-Leserinnen und -Leser,

das politische Berlin befindet sich momentan in einem ungewohnten Zustand. Drei Monate nach der Bundestagswahl gibt es immer noch keine neue Regierung, sondern die alte Regierung ist weiter geschäftsführend im Amt. Die bisherigen Gespräche zur Regierungsbildung haben sich über das sowieso erwartete Maß an Komplexität hinaus, als überaus schwierig erwiesen. Selbst kurz vor Weihnachten kann niemand mit Sicherheit sagen, wer im kommenden Jahr in der Regierungsverantwortung sein wird. An dieser Stelle soll darüber auch nicht weiter spekuliert werden, es ist jedoch festzustellen, dass es wahrscheinlich bis weit in das Frühjahr 2018 hinein, und vielleicht darüber hinaus, zu keinen gesetzgeberischen Aktivitäten in der Gesundheitspolitik kommen wird. Dieser Umstand wird von vielen Akteuren und Kommentatoren in der Gesundheitspolitik beklagt, weil drängende Probleme liegen bleiben. Zu Recht prangern nicht nur die Krankenhäuser die durch die Länder verursachte und immer noch nicht gelöste Investitionsmisere an. Auch der Bereich der Notfallversorgung muss reformiert werden. Daran schließt sich unmittelbar das noch größere Problem der sektoralen Trennung der Versorgung überhaupt an. Diese Aufzählung ist für den Krankenhausbereich lange nicht abschließend.

Doch gibt es wirklich diesen Stillstand und warten alle Beteiligten nur auf die nächsten Gesetze? Schaut man sich den aktuellen Aufgabenkatalog im Bereich Krankenhaus an, muss man diese Frage verneinen. Allein die Umsetzung der Pflegepersonaluntergrenzen nach § 137i SGB V hat die Kalender der Beteiligten bis zum Ende des kommenden Jahres gefüllt. Auch die Abarbeitung der Qualitätsagenda des KHSG ist langsamer als vom Bundesgesetzgeber gewünscht. Im Bereich der planungsrelevanten Qualitätsindikatoren haben beispielsweise viele Länder mehr oder weniger offen erklärt, diese Vorgaben nicht übernehmen zu wollen. Bei der Umsetzung des PsychVVG, einem weiteren großen Gesetzeswerk der vergangenen Legislatur, sind ebenfalls noch einige Aufträge abzuarbeiten. Hier sei insbesondere die Entwicklung eines aussagefähigen Krankenhausvergleichs als Vergleichs- und Transparenzinstrument bei der Budgetfindung genannt. Diese wenigen Beispiele zeigen, wie fleißig Bundesgesundheitsminister Gröhe mit seinen knapp 30 Gesetzen in der letzten Legislaturperiode war. Sein Wirken reicht weit in die aktuelle Legislatur hinein. Insofern hat es auch sein Gutes, Zeit zur Abarbeitung gesetzlicher Aufträge zu haben, ohne sich daneben um die möglichen Wirkungen neuer Reformen kümmern zu müssen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen aus dem AOK-Bundesverband
Patrick Garre (AOK-Bundesverband)

News aus dem Krankenhaus

DRG-SYSTEM >>

LANDESBASISFALLWERTE >>

VERSORGUNGSQUALITÄT >>

AKTUELLE GESETZGEBUNG >>

PUBLIKATION >>

WEITERE INFORMATIONEN >>



■ DRG-SYSTEM

Repräsentative DRG-Kalkulation: Mäßiger Erfolg für die Klinikauslösung

(21.11.17) Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) hat eine Liste der Kliniken veröffentlicht, die das Institut zur Lieferung ihrer Kostendaten verpflichtet hat. Die 40 Häuser, deren Daten die Repräsentativität der DRG-Kalkulation auf der Datengrundlage des Jahres 2016 verbessern sollen, wurden per Los bestimmt. Acht Krankenhäuser haben nun an der Probekalkulation teilgenommen. 15 Kliniken nahmen an der vereinfachten Kalkulation teil. 17 Krankenhäuser lieferten keine Daten.

Operationen- und Prozedurenschlüssel 2018: Endgültige Fassung liegt vor

(30.10.17) Die endgültige Version des Operationen- und Prozedurenschlüssels (OPS) für das Jahr 2018 ist da. Das hat das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) mitgeteilt. In die finale Fassung seien 324 Vorschläge und zusätzliche Anforderungen aus der Weiterentwicklung der Entgeltsysteme für Krankenhausleistungen eingeflossen, teilte das DIMDI gestern mit. Viele Prozeduren könnten mit der neuen Version nun genauer und differenzierter verschlüsselt werden.

■ LANDESBASISFALLWERTE

Bundesbasisfallwert 2018 liegt bei 3.467,30 Euro

(01.11.17) Der Bundesbasisfallwert für das Jahr 2017 beträgt 3.467,30 Euro. Das haben die Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene jetzt vereinbart. Die obere Grenze des Basisfallwertkorridors liegt damit bei 3.553,98 Euro (plus 2,5 Prozent), die untere bei 3.431,93 Euro (minus 1,02 Prozent).

■ VERSORGUNGSQUALITÄT

Mindestmengen: „Wahrscheinlicher Zusammenhang“ von Qualität und Menge genügt

(06.12.17) Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) hat die Regelungen zu Mindestmengen in der stationären Versorgung neu gefasst. Demnach muss der Zusammenhang von Ergebnisqualität und Menge bei planbaren Eingriffen nicht mehr „in besonderem Maße“ nachgewiesen werden. Stattdessen genügt es, wenn der Zusammenhang nach Studienlage als „wahrscheinlich“ gilt. Auch die Verfahrensordnung hat der GBA vervollständigt.

EPRD: Mehr Revisions-OPs beim Einsatz von Hüftprothesen nach Oberschenkelhalsbruch

(13.11.17) Beim Einsatz eines künstlichen Hüftgelenks infolge eines Oberschenkelhalsbruchs sind die Risiken für eine Wechseloperation doppelt so hoch wie bei der Versorgung zu einem frei gewählten Zeitpunkt. Dies gab das Endoprothesenregister Deutschland (EPRD) mit seinem zweiten Jahresbericht bekannt. Auch andere Begleiterkrankungen wirken sich aus.

■ AKTUELLE GESETZGEBUNG

Spitzenverbände vereinbaren, was ein Krankenhaus ist

(05.12.17) Die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der GKV-Spitzenverband haben sich über die Definition von Klinikstandorten geeinigt und die Einrichtung eines bundesweiten Verzeichnisses beschlossen. Die Definition wird für die Qualitätssicherung, die Abrechnung, die Krankenhausplanung und für die Krankenhausstatistik benötigt.



Leistung für Palliativpatienten in der HKP erweitert

(28.11.17) Ab sofort können Ärzte die Symptomkontrolle bei Palliativpatienten im Rahmen der häuslichen Krankenpflege (HKP) verordnen. Damit wird die pflegerische Versorgung von sterbenden Menschen in ihrer häuslichen Umgebung um eine weitere Leistung erweitert. Dafür hat der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) die Regelungen für die HKP angepasst und somit eine Vorgabe aus dem Hospiz- und Palliativgesetz umgesetzt. Die Änderung der Richtlinie ist am 25. November in Kraft getreten.

■ PUBLIKATION

Qualitätsmonitor: Viele vermeidbare Todesfälle durch „Gelegenheitschirurgie“ bei Krebs-OPs

(23.11.17) Viele Patienten in Deutschland sterben zu früh, weil sie in Kliniken operiert werden, die zu wenig Erfahrung mit komplizierten Krebs-OPs haben. So könnte allein die Zahl der Todesfälle infolge von Lungenkrebs-Operationen durch die Einführung einer Mindestmenge von 108 Eingriffen pro Jahr um etwa ein Fünftel sinken. Das zeigt eine Analyse auf Basis der Krankenhaus-Abrechnungsdaten für den Qualitätsmonitor 2018.

Blickpunkt Klinik: Aufgaben der kommenden vier Jahre

(26.10.17) Krankenhäuser bleiben auch für die künftige Regierung ein Thema. Obwohl die Klinikreform in weiten Teilen umgesetzt ist, sind bei den Regelungen zur Qualität noch viele Fragen offen. So auch in der Notfallversorgung. Die AOK Nordost, die Barmer und die KV Brandenburg haben ein Modell entwickelt, um Patienten mit akuten Beschwerden besser zu versorgen.

■ WEITERE INFORMATIONEN

DBfK startet Inforeihe zum Pflegeberufegesetz

(07.12.17) Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) hat erste Informationen zum Pflegeberufegesetz veröffentlicht. In einer Reihe von Informationsblättern stellt er das in der letzten Legislaturperiode verabschiedete Gesetz und seine Umsetzung vor. Der erste Teil beleuchtet insbesondere die Ausbildungsziele, die Struktur der Pflegeausbildung mit den unterschiedlichen Abschlüssen und die Zusatzregelungen für die hochschulische Ausbildung. Zudem werden Fragen zum Ausbildungsvertrag und zur Berufsbezeichnung erläutert.

Zahnerkrankungen bei Pflegebedürftigen vorbeugen

(30.11.17) Künftig können Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen zusätzliche zahnärztliche Vorsorgemaßnahmen in Anspruch nehmen. Das hat der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) entschieden. Ziel ist es, das überdurchschnittlich hohe Risiko für Karies-, Parodontal- und Mundschleimhautrekrankungen für diesen Personenkreis zu senken.

Neuer Service des RKI: Kliniken können ihren Verbrauch von Antibiotika abgleichen

(27.11.17) Das Robert Koch-Institut (RKI) hat ein Serviceangebot zur Eindämmung des Verbrauchs von Antibiotika entwickelt. Mit der Antibiotika-Verbrauchs-Surveillance können Kliniken und andere Gesundheitseinrichtungen ihren Verbrauch entsprechender Medikamente mit Referenzdaten abgleichen.

Innovationsfonds: Ausgewählte Projekte der dritten Förderwelle veröffentlicht

(22.11.17) Der Innovationsausschuss beim gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) hat seine Informationen zu den Förderprojekten aktualisiert. Veröffentlicht wurde jetzt die Liste der geförderten Projekte zur dritten Förderwelle im Bereich der neuen Versorgungsformen.



Telematikinfrastruktur: Erste Komponenten zugelassen

(21.11.17) Der Online-Rollout der Gesundheitskarte kann starten. Die erforderlichen Geräte und Komponenten für den Anschluss der Arzt- und Zahnarztpraxen, der Psychotherapeutenpraxen sowie der Krankenhäuser sind zertifiziert. Das hat die gematik Gesellschaft für Telematik Anwendungen der Gesundheitskarte (gematik) mitgeteilt. Die Zulassungen für erste Konnektoren, E-Health-Kartenterminals, VPN-Zugangsdienst und elektronische Praxisausweise sind erteilt worden. Zudem durchlaufen weitere Produkte mehrerer Unternehmen derzeit die Zulassungsverfahren, gab die gematik bekannt.

Kosten der Kliniken erstmals über 100 Milliarden Euro

(20.11.17) Die Gesamtkosten der deutschen Krankenhäuser beliefen sich im Jahr 2016 auf 101,7 Milliarden Euro und sind damit gegenüber 2015 um 4,5 Prozent gestiegen. Das teilte das Statistische Bundesamt mit. Die Kosten der stationären Krankenhausversorgung betragen rund 87,8 Milliarden Euro. Ein Patient kostete im Durchschnitt 4.497 Euro.

„Gelbes Heft“ jetzt auch in englischer Sprache

(15.11.17) Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) hat das Kinderuntersuchungsheft, das sogenannte „Gelbe Heft“ in Englisch übersetzen lassen. Damit können fremdsprachige Eltern oder andere Personen besser nachvollziehen, welche Untersuchungen vorgesehen sind. Offizielles Dokument bleibt aber das deutsche „Gelbe Heft“. Ärzte dokumentieren auch künftig die Früherkennungsuntersuchungen nur einmal in der deutschen Fassung.

Neues Internetportal „Migration und Gesundheit“ informiert in mehreren Sprachen

(08.11.17) Wie funktioniert das deutsche Gesundheitswesen? Welche Leistungen übernehmen die gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung? Welche Vorsorgeangebote gibt es und was kann man selbst tun, um gesund zu bleiben? Antworten auf diese und weitere Fragen gibt das neue Internetportal „Migration und Gesundheit“ des Bundesgesundheitsministeriums. Es richtet sich an Zuwanderer sowie an haupt- und ehrenamtliche Helfer.

Kliniken behandelten auch 2016 mehr Patienten als im Vorjahr

(02.11.17) Im Jahr 2016 behandelten deutsche Krankenhäuser 19,5 Millionen Patienten. 7,1 Millionen von ihnen wurden operiert. Das gab das Statistische Bundesamt in Wiesbaden (Destatis) bekannt. Gegenüber 2015 mit 18,7 Millionen ist die Zahl der Patienten damit weiter gestiegen, der Anteil der Operationen (38 Prozent) blieb gegenüber dem Vorjahr stabil.

AOK veröffentlicht aktuelle Ergebnisse zur Behandlungsqualität von Kliniken

(26.10.17) Im Krankenhausnavigator sind seit heute neue Ergebnisse zur Behandlungsqualität der deutschen Krankenhäuser bei bestimmten Operationen und Eingriffen abrufbar. Zur Berechnung der Ergebnisse hat das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) die Behandlungen von mehr als 780.000 Patienten aus den Jahren 2013 bis 2015 ausgewertet und für den Krankenhausnavigator aufbereitet. In das bundesweit einzigartige Informationsangebot wurden auch Komplikationen und Folgeereignisse aus den Jahren 2013 bis 2016 einbezogen.

■ AUSGABE 05/2017 VOM 18.12.17

Hier können Sie den Newsletter abonnieren oder abbestellen:

<http://www.aok-gesundheitspartner.de/bund/krankenhaus/newsletter/index.html>

AOK-Bundesverband

Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin